

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann
Kunze, Postfach 10
Erscheinung: 5. Jahrgang
Dresden - A. L. Marienstraße 24/25

Bezugspreise vom 1. Juli 1930 bei sechsmonatiger Bestellung frei Haus 1.70 RM.
Wochensatz für Monat Juli 2.40 RM. einchl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgarantie).
Einzelpreis: Die Ausgaben werden nach Postamt berechnet; die ein-
spaltige 30 mm breite Seite 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg.
Offertengedächte 30 Pfg. Kostentilgung Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neisich & Reichardt,
Dresden, Postfach 10. 1008 Dresden
Redaktion: nur mit dem. C. L. Kunze
(Dresden, Stadtr.) zulässig. Unentgeltliche
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einstellung der Saarverhandlungen?

Aussichtslose Lage - Rückziehung der Bahnschutztruppen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Juli. Die zur Zeit aussichtslose Lage der Saarverhandlungen, die von uns bereits verschiedentlich festgestellt wurde, wird jetzt auch in der Wilhelmstraße nunmehr unumwunden zugegeben. Es verlautet, daß eine Unterbrechung der Saarverhandlungen wahrscheinlich sei, um einen Abbruch soll es sich angeblich nicht handeln. Sicher ist nur so viel, daß die Saarverhandlungen in diesem Jahre kaum mehr zu dem von Deutschland gewünschten Ergebnis geführt werden können, da sich erst der Völkerrundrat mit der Angelegenheit befaßt wird, was kaum vor Januar nächsten Jahres erfolgen dürfte. Ein schwacher Trost ist, daß wenigstens die sogenannten Bahnschutztruppen der Alliierten, die aus 500 Franzosen und 100 Belgiern bestehen, jetzt zurückgenommen werden sollen. Diese Bahnschutztruppen taten nur deshalb Dienst, weil die französische Armee glaubt, nicht auf eine Spezialfirma der Saarbahnen verzichten zu können, solange sie sich im besetzten Gebiet aufhalte. Da jetzt die Gebiete ge-

räumt sind, müßte automatisch eigentlich schon am 30. Juni der saarländische Bahnschutz aufgehört haben. Er wird sich aber noch bis zum 10. Juli am Leben erhalten, ein Termin, der vom deutschen Standpunkt als ähnerster Termin bezeichnet werden muß.

Im Landesrat des Saargebietes begann am Donnerstag die Aussprache über den Haushaltsplan der Regierungskommission. Besonders scharf wandte man sich gegen die französische Schulpolitik im Saargebiet. Der Regierungskommission sei bekannt, daß von den französischen Schulen ein unerhörter Druck auf die Vergleute und deren Frauen ausgeübt werde. Entweder müßten sie ihre Kinder in die französische Schule schicken, oder sie müßten ihre Verköstigungen verlassen. Auch würden diejenigen, die ihre Kinder zur französischen Schule schickten, von der allgemeinen Entlassung im Vergauebetrieb verschont. Schulrat Martin richtete an die Regierungskommission die Anfrage, ob sie gewillt sei, diesen Methoden ein Ende zu machen. Die Antwort war nichtsagend und brachte keinerlei Aufklärung.

Ein Vorschlag zur Linderung der Arbeitslosigkeit

Von Architekt B. D. A. Graebner, Dresden

Schon jetzt wird man leider damit rechnen müssen, daß der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit den Höhepunkt noch immer nicht erreicht hat. Wenn sich die zählenden Stellen nun auch darüber klar sind, daß Abhilfe geschaffen werden muß und daß es mit der Erhöhung der Beiträge zur Erwerbslosenversicherung nicht getan ist, so ist die Frage unbeantwortet geblieben, in welcher Weise die „Anfurbelung der Wirtschaft“ erfolgen kann.

Der Vorschlag, der hier vertreten werden soll, zuzunächst einmal das Baugewerbe durch besondere Maßnahmen wieder zu beleben, ist keineswegs als eine einseitige Stellungnahme zum Nachteil anderer Gewerbe anzufassen. Ist doch das Baugewerbe anerkanntermaßen das Schlüsselgewerbe für alle anderen Wirtschaftszweige; die Arbeitslosigkeit unter den Bauhandwerkern hat aber trotz der Hochsaison fast 50 Prozent erlitten. In vielen Städten ist der Kleinwohnungsbau ins Stocken gekommen, in anderen im Vergleich zu vorhergehenden Jahren bedeutend eingeschränkt worden. Die private Bautätigkeit war in den letzten Jahren unbedeutend und hat jetzt fast aufgehört. Es fehlt für den Kleinwohnungsbau an den Kapitalien, die außer den aus der Mietzinssteuer genehmigten Zuschüssen benötigt werden. Der private Kapitalmarkt scheint sich noch immer, für Kleinwohnungsbauteile feste Darlehen zu geben, weil angenommen wird, daß bei dem Kleinwohnungsbau unsolider als sonst gebaut wird und in absehbarer Zeit wegen höherer Wohnungsansprüche starke Mietanstiege und damit eine Gefährdung des investierten Kapitals eintreten könnte. Dagegen sucht das flüssige in- und ausländische Kapital bei produktiven Neuanlagen gegen entsprechende Sicherheit eine Unterbringungsmöglichkeit. Hier aber sind dem Abnehmer wegen der Höhe des weit über dem Reichsbankdiskont liegenden Zinsfußes (8 1/2 bis 9 Prozent) und wegen der hohen Anschaffungs- bzw. Baukosten (70 bis 100 Prozent über Vorkriegswert) Schranken gesetzt. Beide Belastungen zusammen sind für ein solches gezieltes Unternehmen meist untragbar. Die in Gang befindlichen Bepflanzungen über Lohn- und Preisabbau werden sicher nicht ohne Kämpfe abgehen und längere Zeit erfordern, desgleichen Verhandlungen über Herabsetzung der beim Bau entstehenden Nebenkosten, wie Antiegeleistungen, Anschlüsse, öffentliche Abgaben, Transportkosten usw. Dagegen müßte es möglich sein, daß durch schnellstens eingeleitete Verhandlungen der zuständigen Stellen des Reiches, Staates und der Gemeinden eine Zinsverbilligungsaktion für die private Bautätigkeit herbeigeführt wird und dadurch das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe wieder in Gang kommt.

Dah selbst bei Zuschüssen zur Zinsverbilligung aus öffentlicher Hand Reich, Staat und Gemeinde den einen Gewinn haben, soll nachstehendes Beispiel beweisen:
Ein Unternehmen will auf vorhandenem Grundstück einen Neubau errichten. Da das Unternehmen durch Aufnahme von Hypotheken auf vorhandene Werte Sicherheiten zu bieten vermag, erhält es hierfür das benötigte Baugeld von 1.000.000 RM. bei 8 1/2 Prozent auf fünf Jahre. Das bedeutet eine Zinslast von 85.000 RM. im Jahr. Könnte das Unternehmen keine Sicherheiten bieten, wäre die Beschaffung von Baugeld, das später hypothekarisch eingetragen wird, schwieriger und würde bei niedrigerer Auszahlung für 8 1/2 bis 9 Prozent auf drei bis fünf Jahre fest zu haben sein.)

Bei einem Bau im Werte von 1.000.000 RM. kann als Erfahrungssatz das Verhältnis von Lohnzahlung zu verwendetem Material mit 45:55 gelten, also in diesem Fall 450.000 RM. Löhne zu 550.000 RM. Material. In letzterer Summe sind nochmals etwa 250.000 RM. Löhne enthalten. Wenn bei dem Bau 450.000 RM. für Löhne ausbezahlt werden, entspricht dies einer Bezahlung von rund 6400 Arbeitswochen, wobei die Woche mit 70 RM. Lohn und Unternehmerkosten gerechnet wurde. Während der angenommenen Baugeld von zehn Monaten würde sich für Reich, Staat und Gemeinden folgende Einnahme ergeben:

- Von 550.000 RM. Material 2 Prozent Umsatzsteuer = 11.000 RM.;
- von 250.000 RM. (Materiallohn) 5 Prozent Lohnsteuer = 12.500 RM.;
- von 450.000 RM. Löhne 5 Prozent Lohnsteuer = 22.500 RM.;
- Einkommensteuer, Gewerbesteuer usw. 1,5 Prozent von 1.000.000 RM. = 15.000 RM.;
- zusammen also 61.000 RM.

Für die Arbeitslosenversicherung (Reich, Staat und Gemeinde) würden auf diese Weise aber 6400 Arbeitswochen à 20 RM., das sind 128.000 RM. in Wegfall kommen.

Es ergibt sich also, daß bei einem zur Zeit durchgeführten Neubau von 1.000.000 RM. Reich, Staat und Gemeinden innerhalb zehn Monaten 180.000 RM. Einnahmen bzw. Ersparnisse haben würden. Hierzu kommt noch, daß die Einrichtung des Baues wieder Beschäftigung Arbeitsloser mit sich bringt und nach Bezug die öffentlichen Kassen Einnahmen aus Antiegeleistungen, Grund- und Gewerbesteuern, Abnahme von Gas, Wasser und elektrischem Strom usw. haben.

Wenn nun während der Jahre 1930 und 1931 für private Bauvorhaben, die in der Lage sind, vom privaten Kapitalmarkt Baugelder zu beschaffen, aus öffentlicher Hand Zinszuschüsse von vorläufigerweise 8 oder 4 Prozent auf drei bis fünf Jahre gegeben würden, wäre die Zinslast für die betreffenden Unternehmen tragbar, und die Durchführung des Bauvorhabens würde die Arbeitslosigkeit vermindern. Ein Zinszuschuß von 3 Prozent auf fünf Jahre würde für das angenommene Beispiel 150.000 RM. aus öffentlicher Hand beanspruchen, denen aber während zehn Monaten Einnahmen bzw. ersparte Ausgaben von 180.000 RM. gegenüberstehen. Bei Zinsen-

Vorstandssitzung der Volkspartei

Vor wichtigen Entscheidungen - Dr. Scholz über die Sachsenwahlen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Juli. Die Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, der heute in Berlin zusammentrat, gestaltete sich durch die Rede des Vorsitzenden Dr. Scholz zu einer

eindrucksvollen Stresemann-Ehrung

und Rheinlandfeier. Die große Versammlung erhob sich von den Plätzen und hörte ergriffen die Worte des Redners über die Weisheitspolitik Stresemanns an. Dr. Scholz bedauerte, daß der Name Stresemann in der Rundgebung der Reichsregierung nicht genannt worden sei, und wandte sich dann gegen die Nationalsozialisten, die zwar stets von Freiheit und Tat redeten, aber für die geschichtliche Weisheitspolitik Stresemanns auch nicht das geringste Verständnis aufbrachten. Der Zentralvorstand stimmte dem Wunsch des Vorsitzenden zu, im Geiste Stresemanns weiterzuarbeiten, und beschloß, an die Witwe Stresemanns ein Danktelegramm zu senden.

Die Ausführungen über die politische Lage leitete Dr. Scholz mit einem

Rückblick auf die Sachsenwahlen

ein, die der Partei erhebliche Verluste gebracht hätten. „Durch verdoppelte Arbeit, denke ich“, so fuhr er fort, „muß diese Scharte wieder weitgemacht werden. Ich habe vor dem Reichsausschuß grundsätzlich erklärt, daß wir auch um die Schaffung eines neuen Aktionsprogramms für die Partei nicht herumkommen. Gerade der Ausgang der Sachsenwahlen beweist, daß die Partei auch der Deutlichkeit gegenüber ihr Parteiprogramm ergänzen muß.“

Es ist oft in diesen Tagen gesagt worden, daß die Faltung der Deutschen Volkspartei gegenüber der jetzigen Regierung nicht im Geiste Stresemanns läge. Nichts ist falscher.

Stresemann war es, der auf der letzten von ihm geleiteten Zentralvorstandssitzung entschieden betont hat, daß es auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht so weitergehen könne wie bisher. Er hat deutlich zum Ausdruck gebracht, daß, wenn das Ziel der Weisheit erreicht sei, die Deutsche Volkspartei die Pflicht zur Führung in dieser Sache habe.

Wir dürfen nicht unterlassen, diese Versuche zu erneuern. Wenn wir nicht ein stärkeres Interesse der staatsbürgerlichen Kreise erzielen, dann würden wir immer nur das mangelnde Interesse an den Staatsgeschäften, das sich in der Wahlmüdigkeit ausdrückt.

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die an der Zukunft unserer Partei verzweifeln. Dazu haben wir auch nach dem Ausgang der Sachsenwahlen keine Veranlassung.

Der nationale und liberale Gedanke wird auch in der Zukunft seine Kraft bewahren. Darüber hinaus brauchen wir aber eine bürgerliche Partei, die weder gesinnungslos hinter der legalistischen Auffassung herläuft, noch in unfruchtbarer Negation verharret.

Wir handeln durchaus im Geiste Stresemanns, wenn wir auf diesem Wege entschieden und entschlossen fortfahren. Wir betonen nicht erst seit Wochen und Monaten, daß die Gesundung der deutschen Wirtschaft und der Finanzen nicht dadurch herbeigeführt werden kann, daß immer neue Lasten dem ohnehin viel zu sehr bedrückten deutschen Volk auferlegt werden, sondern daß umgekehrt

äußerste Sparmaßnahme das einzige Mittel

sei, um Wirtschaft und Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Schon unser sogenannter Verfassungsantrag verfolgte dieses Ziel. Nicht uns trifft die Schuld, daß nicht damals schon durch die Annahme unserer Anträge derjenige Zustand vermieden worden ist, den wir heute beklagen. Die Regierung Brüning, die mit unserer lebhaften Zustimmung im Frühjahr aus Ruder kam, schien uns der Beginn einer Zeit zu sein, in der die bürgerliche Wirtschaft- und Finanzpolitik zum Durchbruch kommen sollte.

Das starke Vertrauen, das weit über die Kreise der Zentrumspartei hinaus in bürgerlichen Kreisen der Regierung Brüning entgegengebracht wurde, ist leider durch ihre bisherige Tätigkeit nicht in vollem Umfang gerechtfertigt worden.

Das ist letzten Endes die Quelle der Differenzen, in denen wir heute auch mit der Regierung Brüning stehen, und auch die Quelle der unersichtlichen Vorgänge, die sich mit dem Rücktritt Rodenhauers verknüpfen haben. Ich will hier nicht anfragen. Ich will die

außerordentlich großen Verdienste Rodenhauers im Saargebiet hervorheben. Ich will anerkennen den besten Willen, mit dem er heranging an die Überwindung der katastrophalen Erbchafts Differenz. Auf der Deutschen Volkspartei lastet hier eine schwere Verantwortung. Auf der einen Seite wird es im Volk nur schwer verstanden werden, wenn die Deutsche Volkspartei diese bürgerliche Regierung im schwersten Augenblick allein läßt, auf der anderen Seite steht unsere grundsätzliche Auffassung, die im Programm der Regierung Brüning keine Erfüllung findet.

Dr. Scholz begründet dann den Standpunkt der Reichstagsfraktion zum Deckungsprogramm, das zum Teil gewisse Verbesserungen, andererseits aber wesentliche Verschlechterungen gegenüber dem früheren enthalte.

Zu begründen sei die starke Zentung der Ausgaben, die an der Spitze jedes Finanzprogramms stehen müsse, andererseits enthalte das Programm die sogenannte Reichshilfe. Zwar seien die Sätze wesentlich herabgesetzt, was aber nicht die grundsätzlichen Bedenken beseitige, die die Partei gegen diese Art der Restenergie erhoben habe. Jede neue Steuerbewilligung sei in diesen schwierigen Zeiten nichts anderes als eine Einnahmevermehrung, womit die große Gefahr verbunden sei, daß sie in ein Fach ohne Roden geschüttet wird. Auch die Erhöhung der Einkommensteuer müsse abgelehnt werden.

Jede neue Steuerbelastung sei ein Fehlschlag, wenn sie das Moment der Kapitalflucht begünstige und andererseits die Ansammlung von Kapital im Inland verzögere oder verhindere.

Schließlich geht Dr. Scholz noch auf die

Frage der sogenannten Parteinäherung

ein. „Ich habe“, so fuhr er hierzu aus, „die stärksten Anstrengungen gemacht, um eine Sammlung derjenigen Parteien herbeizuführen, die gewillt sind, sich auf staatsbürgerlichem Boden zu stellen und gemeinsam positiv am Staat mitzuarbeiten. Unter lebhafter Anerkennung der Haltung der Wirtschaftspartei, die bis zum letzten Augenblick bereit war, mit uns zu gehen, muß ich feststellen, daß es die Schuld der Demokratischen Partei und der Volkskonservativen Vereinigung war, wenn diese Vereinigung nicht zustande gekommen ist. Ich hoffe, daß das Ergebnis der Sachsenwahlen vielleicht auch die anderen Parteien zwingen wird, eine gewisse innere Einkehr zu halten.“

(Die Verhandlung dauert bei Schluß der Redaktion an)

Die „revolutionären“ Nationalsozialisten

Berlin, 4. Juli. Wie verlautet, haben sich der Gruppe republikanischer Nationalsozialisten, die jetzt im Gegensatz zur Hitlerpartei die Gründung einer eigenen Organisation beschlossen hat, noch folgende Leute angeschlossen: Ernst Jünger, Vah, Tschow, Arnold Bronnen, der Redakteur Paetel von der Wochenchrift „Die Kommenden“. Auch der Name des Grafen Reventlow wurde in diesem Zusammenhang genannt, doch scheint er nicht zu dieser Gruppe zu gehören, da die nationalsozialistische Reichstagsfraktion gestern eine Erklärung abgab, laut der sie geschlossen hinter dem Parteiführer Hitler steht.